

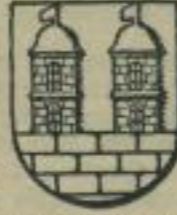
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 5 Mk., durch unsere Austräger zugerechnet in der Stadt monatlich 5.50 Mk., auf dem Lande 5.65 Mk., durch die Post bezogen vierwöchentlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Zeichner keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserionspreis 1.50 Mk. für die 6-spaltige Korpuszeile über dem Raum, Restraum, die 2-spaltige Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 4.50 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne unsere Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Rufgeber in Konkurs geht.

Er erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 234.

Donnerstag den 6. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach. Kartoffelversorgung.

Diejenigen Einwohner, die sich noch nicht haben mit Kartoffeln eindecken können, wollen sich bis spätestens den 10. d. M. persönlich unter Angabe des Grundbesitzes

in den Vormittagsstunden im Gemeindeamt melden. Die Richtigkeit der Meldungen werden nachgeprüft; verspätete Meldungen müssen unberücksichtigt bleiben. Grumbach, am 5. Oktober 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Völkerverbundrat soll beschließen, seinen Spruch über Oberösterreich Ende dieser Woche abzugeben.

* Die Besprechungen zwischen der Regierung und dem Industrieminister über das Anleiheangebot haben begonnen.

* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich nach einem Vortrag des Ministers Rathenau mit dem Wiesbadener Abkommen.

* Die nächste Besprechung zwischen Loucheur und Rathenau soll nun bestimmt am 6. Oktober stattfinden.

* Am 20. Oktober wird der Goldausschlag auf die Zölle von 900 Mark auf 1900 Mark erhöht.

* Nach amtlicher Meldung aus Budapest wurde das auf die Übergabe Wertungsgarns bezügliche Protokoll von ungarischer Seite vom Generalleutnant Hegedus unterzeichnet. Damit sollen alle Hindernisse zur Regelung zwischen Österreich und Ungarn beseitigt sein.

Lord Cecils Lochruf.

Den Völkerverbund nehmen manche Leute nicht mehr ernst, die selber zum Bau gehören. Will sagen, bis zu den Mitgliedern der jetzt wieder in Genf tagenden Völkerverbundversammlung zählen und die deswegen natürlich noch außen hin so tun müssen, als ob sie die hohe staatsmännische Bedeutung ihrer Mission keinen Augenblick vergäßen. Aber hinter den Kulissen, wenn man einmal unter sich ist, oder im einsamen Kämmerlein von ungarischer oder jener Delegierte sich schon wiederholt gefragt haben, wie lange eigentlich die Sache noch gehen soll, die so ungeheuer viel Zeit und Geld und Kräfte in Anspruch nimmt. Hat doch Frankreich kürzlich sich auf das bestmögliche gegen die Fassung eines Beschlusses gestäubt, dessen sachlicher Inhalt von ihm nicht im mindesten beanstandet wurde, nur weil es den Standpunkt vertrat, daß das Fassen von Beschlüssen Sache der einzelstaatlichen Regierungen, nicht aber der Völkerverbundversammlung sei.

Nur ein Mann scheint noch mit dem vollen Feuer seines Temperamentes von der Notwendigkeit des Völkerverbundes überzeugt zu sein. Lord Robert Cecil, der Vertreter von Südafrika. So oft er in Genf die Rednertribüne betritt, kommt sozusagen Leben in die Bude, und man kann dann, für Augenblicke wenigstens, sich dem Zerstreuung hingeben, als befände man sich in einer Körperschaft von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Wille, der ihn treibt, ist gut, und die Kraft, die in ihm arbeitet, ist beträchtlich. Aber die Rauten, gegen die er anrennt, sind dick und unzerstörbar, wie mittelalterliche Festungswände, und wenn nicht anders, so muß er von dem passiven Widerstand, der ihm auf allen Seiten bezeugt wird, die Segel streichen. Immerhin ist es interessant, zu hören, wie dieser Mann sich die Zukunft des Völkerverbundes denkt. Einem deutschen Journalisten gegenüber vertritt er dieser Tage die Auffassung, daß ein Besuch Deutschlands im Beitritt in den Völkerverbund nicht anders behandelt werden würde, wie es z. B. demjenigen Bulgariens geschah. Es würde zunächst der zuständigen Unterkommission vorgelegt werden, und er persönlich glaube, daß es angenommen werden würde. Von Rücksichten der innerpolitischen Entwicklung lasse der Völkerverbund sich bei der Beurteilung von Aufnahmegebeten keineswegs leiten. In der Hauptsache komme es auf die Erfüllung internationaler Verpflichtungen durch den seine Aufnahme nachsuchenden Staat an. Und wenn gewisse Regierungen etwa den Standpunkt einnehmen sollten, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Siegerstaaten nicht erfülle, so würde das allein nicht den Ausschlag geben können. Denn nach dem Statut des Völkerverbundes komme es auf den guten Willen zu solcher Erfüllung und die etwa zu bietenden Garantien dafür an. Aber selbe eine internationale Verpflichtung tatsächlich die Kräfte des Schutzvereins, so dürfe daraus kein Hindernis für die Aufnahme abgeleitet werden. Vorausgesetzt allerdings, daß der Nachweis für die Unerfüllbarkeit der Verpflichtung tatsächlich geliefert werde. Wozu freilich bemerkt werden muß, daß die Ansichten über das Gelingen eines solchen Beweises sehr oft auseinanderzugehen pflegen.

Weniger zuversichtlich äußerte sich dagegen Robert Cecil auf die Frage, ob der Völkerverbund nicht in der Lage sei, in den internationalen Wirtschaftsverhältnissen, besonders in der Frage der Wechselkurse helfend einzugreifen. Was hätte man da tun, meinte er. Man habe sich auf der Brüsseler Konferenz große Mühe gegeben, man habe eine Unterkommission eingesetzt und lasse sich von ihr ständig beraten. Aber in der Praxis komme aus allen diesen Bemühungen nichts heraus, höchstens indirekt könne der Völkerverbund etwas tun, indem er für die Erhaltung des Friedens arbeite — mit welchem Erfolge er dies seit zwei

Jahren getan hat, darüber schwieg Lord Robert Cecil sich allerdings vorsichtig aus. Er tut sich noch besonders viel darauf zugute, daß der Völkerverbund nicht nach Brüssel, sondern nach Genf gegangen sei, um auf diesem neutralen Boden auch gegenüber Staaten in sich vereinigen zu können. Er habe es von vornherein abgelehnt, den Völkerverbund etwa als eine Kleinmächte der alliierten Großmächte auszugestalten, wie der frühere amerikanische Staatssekretär Lansing ihn bezeichnet hat. Deutschland solle nur endlich ein Aufnahmegeruch einreichen, denn damit würde der Welt bewiesen werden, daß es bereit sei, gemeinsam mit allen Völkern an der Erhaltung des Friedens zu arbeiten.

Reint Lord Robert Cecil. Er würde aller Wahrscheinlichkeit nach schmerzhaft enttäuscht werden, wenn Deutschland sich wirklich herbeiläße, diesen Schritt zu tun. Im gleichen Augenblick würde Frankreich alle Wimen springen lassen, um die Vereinfachung Deutschlands außerhalb der sogenannten Kulturfamilie des Völkerverbundes aufrecht zu erhalten, und Deutschland wäre wieder einmal blamiert bis auf die Knochen. Auch das Kabinett Würth dürfte es einstweilen wenigstens noch aus guten Gründen vorziehen, den Lochrufen dieses Engländer nicht zu folgen.

Umwege zum neuen Kabinett.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter. Berlin, 4. Oktober 1921.

Die Vertagung des Reichstages bedeutet keineswegs eine völlige Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit. Abgesehen davon, daß einige Ausschüsse, besonders der Steueraussschuß eine sehr wichtige vorbereitende Arbeit für die bevorstehende Beschlüsse der Volksversammlung zu leisten haben, werden namentlich die

Verhandlungen zwischen Regierung und Parteiführern in der alles beherrschenden Frage der Regierungsbildung mit Eifer, aber doch nicht ohne Verzögerungen und Umwege fortgesetzt. Zunächst tritt auch in diesen Besprechungen eine Pause von einer Woche ein, da man in der letzten derartigen Zusammenkunft dahin übereinkam, daß der Reichskanzler Dr. Würth nach Rückkehr der leitenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie von ihrer Münchener Tagung mit den Vertretern der Industrie, der Bankwelt und Landwirtschaft erneut in Verhandlungen über ihr in München beschlossenes Angebot eintritt. Dabei waren bekanntlich erhebliche Kredite dieser drei Erwerbsgruppen sowie Beihilfe bei der Preisbeschaffung für das Reich in Aussicht gestellt.

Diese neue Wendung war vor allem deshalb notwendig, weil von dem Maße der Erfüllung der Münchener Zusagen auch die Gestaltung des Steuerprogramms beeinflusst wird. Gerade von einer völligen Einigung über die Steuerfrage aber ist besonders nach den Bedingungen der Sozialdemokratie wiederum eine erfolgreiche Behandlung des Koalitionsproblems abhängig. Ein weiterer Umweg, den man auf der Suche nach dem neuen Kabinett betreten hat, liegt in der Aufnahme von

Verhandlungen mit den Unabhängigen. Erörterte man doch sogar die Frage, ob an Stelle der angestrebten großen Front „von Stresemann bis Scheidemann“ nicht vielleicht sogar ein Bloß „von Stresemann bis Breitfeld“ möglich sei. Auf diesen Gedanken wird man jedoch verzichten müssen, da die Volkspartei, wie sie offiziös erklärt, darin eine Unmöglichkeit erblickt. Zunächst sollen alle beteiligten Fraktionen ihre Anfragen und Bedingungen schriftlich formulieren, ehe man in der nächsten Woche zu neuen Verhandlungen zusammentritt.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in Preußen, wo man jedoch noch in dieser Woche neue mündliche Besprechungen angeht hat. Auch hier legen die Sozialdemokraten Wert auf die Mitarbeit oder mindestens auf eine wohlwollende Neutralität der Unabhängigen.

Die Hilfsaktion des Reiches.

Für die Bedürftigen aller Kreise.

In seiner letzten großen Reichstagsrede hat der Kanzler bekanntlich angekündigt, daß unter Ausnutzung eines Milliardenbetrages ein großzügiges Hilfsunternehmen für notleidende Kleinrentner und andere Bedürftige geplant ist, das unverzüglich in Angriff genommen werden soll. Wie verlautet, sollen die Beiträge der Regierung vermutlich nicht nur einmalige, sondern laufende sein, bis die Bedürftigkeit beseitigt ist. Wer seine Bedürftigkeit nachweist, soll einen bestimmten Unterstützungsbeitrag erhalten, dessen Höhe in jedem Falle wahrscheinlich so sein wird, daß kein Unbemittelter unter die Höhe der Einkünfte eines Erwerbslosen gerät.

Der eine Teil des Werkes bezieht sich auf die Invalidentrentner, also auf jene Rentner, die schon heute einen gesetzlichen Anspruch auf staatliche Versorgung haben. Für diese ist eine Erhöhung der Sozialrenten geplant. Der andere Teil bezieht sich auf die Bedürftigen aller Kreise. Wenn vom Standpunkt des Staates auch keine Verpflichtung für die Erhaltung verarmter Stände besteht, so betrachtet er es doch als seine Schuldigkeit, gewisse Volksteile, die heute vielfach buchstäblich vor dem Verhungern stehen, diesem Schicksal zu entreißen. So hat man denn auch in der Reichsregierung bei der Aktion vornehmlich an die Kleinrentner gedacht, denen ein gesetzlicher Versorgungsanspruch eigentlich nicht zusteht. — Eine amtliche Bestätigung dieser Mitteilungen bleibt zunächst noch abzuwarten.

Die Not des Rheinlandes.

Zahlreiche Überfälle durch Besatzungssoldaten.

Obwohl von französischer Seite immer wieder behauptet wird, daß die schändlichen Überfälle von Angehörigen der Besatzungstruppen auf Bewohner des besetzten Gebietes, besonders auf Frauen und Mädchen, zu Zahl sehr nachgelassen hätten, so daß einzelne französische Generale sich schon viel auf die Wirkung ihrer disziplinarischen Maßnahmen zugute getan haben, entspricht diese Darstellung doch leider nicht den Tatsachen. Vielmehr haben sich in letzter Zeit

Überfälle französischer Soldaten

aber auch wieder französischer Soldaten auf Bewohner des besetzten Gebietes in geradezu erschreckender Weise vermehrt. So sind in Langen-Schwabach in den ersten Septembertagen zwei Fälle amtlich festgestellt, in denen farbige Soldaten versuchten, deutsche Frauen zu vergewaltigen und dabei ihre Opfer mit Messern bedrohten. Auch in Wiesbaden hat sich neuerdings ein Überfall ereignet. Drei marokkanische Soldaten versuchten in den Abendstunden planmäßig in der Nähe des Hauptbahnhofes verschiedene Frauen zu überfallen. Ebenso wird aus Kreuznach amtlich mitgeteilt, daß dort zwei Herren von vier französischen Soldaten wurden. Ebenso mehren sich die Überfälle in Trier in steigendem Maße. Der Trierer Bevölkerung bemächtigt sich eine solche Erregung, daß bei weiterer Zunahme der Überfälle durch die Besatzungstruppen Zusammenstöße zu befürchten sind, da die Bevölkerung nicht gewillt ist, ein derartiges Schreckensregiment länger zu ertragen. Ein anderes trauriges Kapitel aus der Not des Rheinlandes ist die

französische Förderung politischer Streiche

gegen die deutschen Behörden. So drang Ende August und Anfang September in der bayerischen Rheinpfalz eine radikale Gruppe von ortsfremden Personen in das Regierungsgebäude und in das Rathaus ein und nahm eine Reihe von Gewalttaten an öffentlichen und privatem Eigentum der Regierung und Stadträte vor. Die Szene wurde von den Offizieren des Generals de Metz photographisch festgehalten. Sie ist in der Zeitschrift „L'Illustration“ vom 10. September wiedergegeben.

Diese empörenden Vorgänge sind jetzt von der Deutschen Volkspartei zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht worden, besonders, weil Grund vorlag, danach zu fragen, ob diese Vorfälle sich der wohlwollenden Förderung des französischen Kreisdelegierten General de Metz und seiner Offiziere erfreuen. Ferner soll ein Offizier des Stabes von General de Metz vor den geschilberten Vorfällen bürgerlichen Kreisen die Protektion der Besatzungsbehörde gegen die unmittelbar bevorstehende kommunistische Regierung angeboten haben. Die Fragesteller erbitten in diesen Vorgängen neue Anzeichen dafür, daß von französischer Seite darauf hingestrebt wird, durch Herbeiführung von Unruhen und durch gewaltsamen Sturz der Regierungsgewalt einen im Friedensvertrag bei Deutschland verbleibenden Teil des Rheinlandes unter französische „Protektion“ zu bringen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Angebliche neue französische Noten.

Nach Pariser Meldungen soll General Nollet in einer zweiten Note von der deutschen Regierung die Ablieferung der der deutschen Schutzpolizei verbleibenden Maschinengewehre verlangt haben, ferner soll der Postfachrat eine neue Note nach Berlin gerichtet haben, in der er an eine Nachlieferung der rückständigen 480 000 Tonnen Kohle für